

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: S.W. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202-205
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Verlag und Anzeigenabteilung
Dönhoffstr. 5-3 Uhr

Verleger: Hermann-Verlag GmbH
Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verständigung in der Metallindustrie?

Heute vormittag waren die Vorstehenden der Betriebs- und Arbeiterräte der Ausgesperrten versammelt. Ausgab einen Bericht von dem bisherigen Gang der Verhandlungen beim Schlichter. Bei den heute früh um 8 Uhr begonnenen Besprechungen zwischen den Parteien erklärten die Arbeitgeber, von ihrem Lohnbild abgehen zu wollen, wenn gleichzeitig auch über die Arbeitszeitfrage verhandelt wird. Mit Rücksicht auf das dem DMB. gemeldete einheitliche Vorgehen aller Arbeitgeberverbände im ganzen Reich und in Anerkennung des noch bis Ende März laufenden Rahmentarifs, der auch die Arbeitszeit regelt, konnten die Unterhändler des Metalltarifs diesem Vorschlag des DMB. nicht zustimmen.

Von den Siemens-Works in Siemens-Stadt sind heute noch das Halbwert, die Elfenzähler und das Dynamowert ausgesperrt. Das Werner-Werk verharret in passiver Resistenz. Im Werk Frankfurterstraße wurde die Lohnabstimmung vereinbart. Erst der allzu starke Druck der Arbeiterschaft erzwang vom Direktor Bergsdorff eine schriftliche Zusage, daß der Lohn sofort gezahlt wird.

Ueber die Verhandlungen erfahren wir weiter folgende Einzelheiten:

Im Hause des Reichsvereinsrates begannen heute früh um 8 Uhr die Verhandlungen der Vertretung des DMB. mit den Vertretern des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Die Unternehmer wollten die Erörterung der Lohnfrage mit der Frage der Neuregelung der Arbeitszeit verknüpfen. Dem widersprachen die Arbeitervertreter mit der Begründung, die Arbeitszeitfrage sei ein so kompliziertes Problem, daß sie im Augenblick nicht mit der nötigen Ruhe erörtert werden könne. Ueber die Lohnfrage zu verhandeln seien die Arbeitervertreter bereit, jedoch müßten sie es ablehnen, zurzeit in eine Herabsetzung der Löhne zu willigen, da die gegenwärtig in der Metallindustrie gezahlten Löhne nicht abbaufähig seien. Ob vielleicht später unter anderen wirtschaftlichen Verhältnissen ein Lohnabbau zugestanden werden könne, lasse sich jetzt noch nicht übersehen. Hierauf traten die Unternehmer zu einer Sonderbesprechung zusammen. Sie

unterbreiteten den Arbeitern Vorschläge, wocüber diese unter sich berieten.

Bei Schluß der Redaktion sind die Besprechungen noch im vollen Gange. Wie sie enden werden, ist noch nicht zu übersehen. Es hat aber den Anschein, als ob sich eine Annäherung der Parteien anbahnt. Wie wir hören, sind die Unternehmer bereit, auf die Erörterung der Arbeitszeitfrage für diese Verhandlungen zu verzichten. Damit wäre ein Hindernis für die Verhandlung über die Lohnfrage aus dem Wege geräumt. Was die Lohnfrage selbst betrifft, so scheint die Annahme nicht ausgeschlossen, daß sich die Parteien vielleicht nach beiderseitigem Einverständnis verständigen werden.

Die Verhandlungen dauern bei Redaktionsschluß noch an. Nachdem die Arbeitnehmer ein Lohnangebot der Arbeitgeber als unannehmbar abgelehnt hatten, zogen sich die Vertreter der Unternehmer zu einer nochmaligen Beratung der Lohnfrage zurück. Die Möglichkeit einer Verständigung besteht zunächst noch. Offenbar sucht man zu einer Einigung zu kommen, ohne die Vermittlung des Schlichters in Anspruch nehmen zu müssen. Sollten die Verhandlungen zwischen den Parteien scheitern, müßten neue Verhandlungen vor dem Schlichter erfolgen.

Wie wir bereits im Beiratsartikel unserer gestrigen Abendnummer feststellten, bildet der Lohnabbau in der Berliner Metallindustrie eigentlich nur das Kompensationsobjekt für die Verhandlungen über die Verlängerung der Arbeitszeit. Die Kündigung des Rahmentarifs läuft erst Ende März ab, so daß die darin festgelegte Arbeitszeit, die ausschließlich der Pausen die Dauer von acht Stunden nicht überschreiten darf, erst ab 1. April geändert, d. h. verlängert werden könnte. Um jedoch schon jetzt die Arbeitszeit zu verlängern, schloß der Vorstand des DMB. auf dem Lohngebiete ein. Durch einen Druck auf die Löhne, einen vorzeitigen Lohnabbau, soll die Zustimmung der Metallarbeiter zu gezwungen werden, den Tarifvertrag zu umgehen und schon jetzt in eine Verlängerung der Arbeitszeit, also eine Verlängerung derselben einzuwilligen.

Schafft Arbeitsgelegenheit!

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

In der letzten Bundesausschussitzung des U.N.-Bundes wurde im Anschluß an ein Referat des Staatssekretärs z. D. Prof. Dr. Hirsch ein Gesamtplan zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit aufgestellt. Der eingehende Vorschlag, den der U.N.-Bund den zuständigen Ministerien der Reichsregierung zur baldigen Stellungnahme übermittelt hat, verweist zunächst auf die Verschärfung der Arbeitslosigkeit. Die Zahl der deutschen Arbeitslosen beläuft sich nach amtlicher Schätzung schon jetzt auf 3 1/2 Millionen, die der Kurzarbeiter fast auf 4 Millionen. Der Hälfte der deutschen gewerblichen Arbeiter, Angestellten und Beamten fehlt ausreichende Arbeitsgelegenheit, einem Viertel fehlt sie ganz.

Während in England eine prozentual geringere Arbeitslosigkeit die Staatsmänner und das ganze Volk zur äußersten Abwehr aufgerufen hat, ist in Deutschland alle Initiative der Unternehmer und der von ihnen beherrschten Regierung auf Lohndruck, Verlängerung der Arbeitszeit und damit auf Verschärfung der Arbeitslosenkrisis gerichtet.

Da die Reparationsleistungen in der gegenwärtigen Form unorganisierter Leistungen einzelner Konzerne für die Empfängerstaaten einen geringeren Wertetrag als organisierte Reparationen bringen und für Deutschland nicht die notwendige Bewertung seiner Arbeitskraft, wird die Vereinbarung eines Systems freiwilliger Sachleistungen gefordert, insbesondere für unmittelbaren Wiederaufbau. Zweckmäßige, sachliche und räumliche Verteilung dieser Sachleistungen, so daß der Grundgedanke der Beschäftigung freier Arbeitskräfte für Zwecke der Reparation wiederhergestellt wird.

Es soll verhindert werden, daß die Lasten der von den einzelnen Industrielongernen (wie durch den Micum-Vertrag) übernommenen oder einzelnen Reichsgebieten auferlegten Sach- und Exekutionsleistungen einseitig auf die Arbeitnehmer abgemittelt werden.

Die Neuschaffung von Arbeitsgelegenheit soll einmal durch Kreditbeschaffung für produktive Zwecke erfolgen, wobei auf die für Zwecke des privaten Wirtschaftskredits vorgesehenen 12 Millionen Rentenmark verwiesen wird, durch Arbeitsgelegenheit für die das Reich, die Länder und andere öffentliche Körperschaften Sorge tragen sollen, sowie durch sonstige Maßnahmen.

Gesordert wird sofortige großzügige Einleitung eines erhöhten Holzeinschlags im Waldbesitz der deutschen Länder wie im privaten Waldbesitz. „Holzeinschlag, auch bei ermäßigtem Verkaufspreis, bringt den öffentlichen Waldbesitzern neue Mittel und den Arbeitslosen neue Arbeitsgelegenheit.“

Bom preussischen Staate wird der Ausbau neuer Kohenschächte gefordert, ein Ausbau des staatlichen Bergbaues, unter Hinweis auf einen bereits seit Jahresfrist in der Dentschrift eines Ministeriums vorliegenden Vorschlag. Die Wiederaufnahme der eingestellten wichtigen Bauten für öffentliche Zwecke soll soweit als irgend möglich mit Hilfe privater und Rentenmarktkredits vorgenommen werden. Für den Mittelstandskanal soll das private Kapital und die Kapitalkraft der beteiligten Staaten, Provinzen und Gemeinden herangezogen werden. „Der Versuch, die Rieten lediglich zu steuerlichen Zwecken und zum Nutzen der privaten Besitzer auf volle Goldhöhe zu bringen“ wird abgelehnt, zur Behebung des Baumarktes jedoch die sofortige Heranziehung der Leistungskraft wirtschaftlich starker Mietergruppen bis zur vollen Goldhöhe der Friedensmitte gefordert. „Im übrigen muß zur Förderung der Wohnungswirtschaft selbst schleunigst eine ausreichende gemeinwirtschaftliche Kapitalquelle erschlossen werden.“

Der Vorschlag verweist weiter darauf, daß durch eine großzügige Moor Kultivierung der Landwirtschaft große Flächen des deutschen Bodens zugänglich werden können. „Hier ist auf Jahre hinaus für viele Tausende brachliegende Arbeitskräfte Beschäftigungsmöglichkeit, deren Ausnutzung bereits vom Kabinett Birch in Aussicht gestellt, bisher aber niemals in Angriff genommen worden ist. Hier verbindet sich zugleich Sicherung der allgemeinen Volksernährung auf längere Sicht mit der Beschäftigungsmöglichkeit brachliegender Arbeitskräfte.“

Im 4. Abschnitt des Vorschlags wird die Umgruppierung der Arbeitslosen berührt, die sich zur Durchführung des Planes notwendig macht. „Da die Umgruppierung am leichtesten bei den jugendlichen und unverschuldeten vorzunehmen ist, sind diese zuerst zum Berufswechsel, nötigenfalls auch zum Ortswechsel, zu veranlassen. Die Umgruppierung und Umschulung ist unter Mitwirkung der Selbstverwaltungskörper des Arbeitervolkswirtschaftlichen Bereiches vorzunehmen.“

Schließlich wird Arbeitsbeschaffung durch Preisdruck gefordert:

„Die vorläufige Einführung einer festen Währung hat nicht den versprochenen Preisabbau zur Folge gehabt. Das überhöhte Preisniveau deutscher Waren hat Absatzschwierigkeiten im Ausland und Lohnschwächen im Inlande zur Folge und vermindert bedenklich die Kaufkraft der ohnehin zu herabgedrückten Löhne. Die übermäßige Preissteigerung ist auf wichtigen Gebieten der Uebermacht der Kartelle und zumal auch der Trusts zuzuschreiben.“

Es wird eine gesetzliche Neuregelung in der Richtung angedeutet, daß dem Reiche oder einer von ihm zu bestimmenden Stelle das Recht der unmittelbaren Nachprüfung jeder Preisforderung bei Unternehmungen, die eine bestimmte Größe

Reichswehr gegen Wirtschaftskritik.

Richard Calwer wird „verwarnt“.

Wie der „Deutsche Handelsdienst“ erzählt, hat der Chef der Heeresleitung dem bekannten Wirtschaftspolitiker und Statistiker Richard Calwer in Berlin-Wilmersdorf eine Verwarnung zugehen lassen, weil er in seinen „Wirtschaftlichen Tagesberichten“ vom 24. Dezember 1923 in einem Aufsatz „Wohin die Reie geht“ der Reichsregierung vorgeworfen habe, durch eine neue Inflation das Volk aus „Dummheit oder Absicht“ zu betrügen. Derartige Artikel seien geeignet, das Vertrauen zu den wirtschaftlichen Maßnahmen der Regierung zu untergraben und eine Beunruhigung im Volke herbeizuführen.

Der Chef der Heeresleitung teilt Herrn Calwer mit, daß er im Wiederholungsfall genötigt sein werde, mit den Mitgliedern des Preussischen Landtages gegen ihn vorzugehen!

Das Verbot der „Welt am Montag“ ist inzwischen aufgehoben worden.

Gefahr gegen Versammlungsverbot.

Am 8. Jan. 8. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In jüngster Zeit waren mehrere öffentliche und geschlossene sozialdemokratische Versammlungen, wo der Reichswehrminister Solmann sprechen sollte, durch das Wehrkreiskommando in Münster verboten worden. Diese Verbote haben in weitesten politischen Kreisen unliebames Aufsehen erregt. Reichswehrminister Dr. Gessler hat sich nun in einem Brief an Solmann gegen diese Versammlungsverbote erklärt. Er habe den Wehrkreisbefehlshaber darauf aufmerksam gemacht, daß ihm das Verbot von politischen Versammlungen ungeschicklich erscheine. Auch habe der Minister sofort eine Anweisung formuliert, die eine liberalere Handhabung des Versammlungsverbotens regelt. Die Anregung von den Verböten sei aber nicht von ihm, sondern von den Zivilbehörden ausgegangen, die bei der geordneten Einmündung der Bevölkerung offenbar politischen Versammlungen gegenwärtig abhold seien. Selbstverständlich bleibt aber die Verantwortung für das Verbot bei der Militärstelle.

Nach berühmtem Muster.

Rückkehr der bulgarischen Königsfamilie nach Sofia.

Mailand, 5. Januar. (U.) Der „Popolo d'Italia“ teilt mit, daß die Regierung Zankow in Bularien der königlichen Familie der Koburger die Rückkehr nach Bulgarien gestattet habe. Am Donnerstag sei Prinz Crill, der Bruder des Königs, in Sofia eingetroffen. Auch die übrigen Mitglieder der königlichen Familie werden demnächst nach Bulgarien zurückkehren. Es scheint, daß Ministerpräsident Zankow bei der Erteilung dieser Erlaubnis von sich aus gehandelt habe, ohne die übrigen Mächte zu befragen. Zugleich, das von dieser Erlaubnis überrascht wurde, habe sich bereits mit der tschechoslowakischen Regierung ins Einvernehmen gesetzt.

Das Programm der Labour Party.

London, 5. Januar. (U.) Sämtliche Berichte, die sich über das Programm der Arbeiterpartei im Umlauf befinden, sind vorläufig nur Vermutungen. Am 8. Januar tritt der Exekutiv-Ausschuss der Arbeiterpartei zusammen, um das Programm definitiv zu vereinbaren. Der Abgeordnete Henderson hat gestern von der kommunistischen Partei Englands einen Brief erhalten, in dem diese

die Absicht bekennt, der Arbeiterpartei nach besten Kräften behilflich zu sein.

London, 5. Januar. (U.) Wie „Daily Chronicle“ aus der Arbeiterpartei nachstehenden Kreisen erfährt, ist es Ramsay MacDonald gelungen, die Partei und auch ihre äußerst linksstehenden Elemente davon zu überzeugen, daß die Nation vor allem eine Ruhepause haben müsse, in der keine unmittelbaren Neuwahlen zu befürchten seien, und daß zu einer Abkehr von der Verhängnisvolle auf dem Kontinent geschritten werden müsse, wozu auch die Wiederaufnahme ordnungsmäßiger diplomatischer Beziehungen mit Rußland gehöre.

Dem „Daily Chronicle“ zufolge besuchte Ramsay MacDonald auf seiner Rückkehr von Schottland u. a. auch Lord Halifax.

Die „Times“ fordert entschlossene Außenpolitik.

London, 5. Januar. (U.) Ein Artikel der „Times“ über die grundsätzliche Veränderung der politischen Lage in Europa zeigt, daß die neue Regierung auf die Unternehmung aller Parteien rechnen kann, wenn sie eine kraftvolle Außenpolitik betreibt. Die „Times“ stellt fest, daß Europa ganz anders aussehe, als zur Zeit des Abchlusses des Versailler Vertrages und daß die Veränderungen in den beiden letzten Monaten besonders stark in der Richtung einer rein nationalen französischen Politik liegen, die immer weniger Rücksicht nehme auf die bisherigen Allierten. Zuerst der Aktivist Frankreichs auf deutschem Boden und seinen Beziehungen zu der deutschen Industrie versuche Frankreich, die Kleine Entente sowie Polen zu kontrollieren. Die „Times“ erklärt, daß eine entschlossene weitläufige Politik den Einflüssen halt anbieten müsse, die in Frankreich gegen England existieren. Es müsse die erste Aufgabe der englischen Regierung sein, das Prestige in Europa wiederherzustellen.

Spanische Blausaff. Die Berufung im Urteil gegen die Anarchisten Mateu und Nicolau wegen Ermordung des spanischen Ministerpräsidenten Dato wurde verworfen und das Urteil, das auf Tod lautet, in allen Punkten bestätigt.

Kein Reichsbankgold ins Ausland!

Devisenkurse wie bisher.

Am Wochenanfang gestaltete sich der Verkehr am Devisenmarkt wieder wesentlich ruhiger als an den vorangegangenen Tagen. Die Nachfrage hat merklich nachgelassen unter dem Eindruck zuverlässiger Erklärungen, die eine Verhütung größerer Beiträge von Reichsbankgold nach Amerika in Abrede stellen. Besonders war durch Meldungen eines englischen Blattes nicht nur in Berlin, sondern auch in verschiedenen Auslandsstädten eine gewisse Beunruhigung während der letzten Tage entstanden. Auch die Schritte, die das Reichsfinanzministerium bei der sächsischen Regierung wegen der Ausgabe von Rentenmarktschuldscheinen unternommen hat, trugen wesentlich dazu bei, die Sorge vor einer neuen Inflation und Geldentwertung zu beseitigen. Die amtlichen Devisennotierungen erfolgten auf der Höhe des Vortages bei größtentends voller Zuteilung. Holland und Amerika 15, England 20 Proz.

Im Effektenverkehr bleibt die Tendenz im allgemeinen fest. Die rote Marktförderung nach 3proz. Reichsanleihe, ungarischen und türkischen Renten hält an. Die Londoner Banken legen für die kommenden Wochen bereits mit der beträchtlichen Kaufkraft vor, die sich auf alle Gebiete des Wertpapiermarktes verteilt. Der Geldmarkt bleibt flüssig; tägliches Geld war heute zu den gestrigen Sätzen zu haben.

überschreiten, und gegebenenfalls auch die sofortige Preis-herabsetzung durch einfach- Anordnung ermöglicht wird. Der sich neu in überhöhter Preisen eingehaltene Zwischenhandel soll durch möglichst unmittelbare Verbindung zwischen Erzeugern und Verbrauchern wieder ausgehalten und diese Verbindung deshalb auf jede Weise gefördert werden.

Aus diesem Auszuge aus dem Gesamtplan zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit geht schon hervor, daß hier das Problem umfassend behandelt wird, brauchbare und durchführbare Vorschläge gemacht und begründet werden. Vor allem wird die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit energisch angepackt. Hoffentlich kann das gleiche auch bald von der Tätigkeit der Regierung gesagt werden, die bisher der sich ständig vergrößernden Arbeitslosigkeit föhlt bis ans Herz hinan gegenüberzutreten scheint. Die Inflation hat ja die Zahlenbegriffe bei uns derart erweitert, daß die gewaltigen Arbeitslosenfiguren an sich keinen besonderen Eindruck zu machen scheinen. In den Arbeitslosen haben wir jedoch Volksgenossen vor uns, die auf unbestimmte Zeit der Grundlagen ihrer wirtschaftlichen Existenz beraubt sind. Mit der Erwerbslosenunterstützung und der Arbeitspflicht in der gegenwärtigen Form ist der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wenig gedient. Es müssen schon gehörige Anstrengungen gemacht werden, um all den Arbeitslosen lohnende Arbeit zu beschaffen. Für den Wiederaufbau der Wirtschaft ist die Herstellung der Kaufkraft der Arbeitnehmer auf weit größerer Bedeutung als alle Maßnahmen zur Verlängerung der Arbeitszeit und zur Verkürzung der Löhne. Der ernsthafte Plan erfordert eine ernsthafte Prüfung und eine möglichst beschleunigte Ausführung. Es steht hier so ungemein viel auf dem Spiel, daß wir alle erdenklichen Anstrengungen erwarten dürfen, um der Arbeitslosigkeit gründlich zu steuern.

Zur Regierungsbildung in Sachsen.

Die nunmehr vollzogene Bildung einer neuen sächsischen Regierung auf der Grundlage der großen Koalition ist eine Tatsache von weitreichender Bedeutung nicht nur für Sachsen, sondern für das gesamte Reich. Denn wenn es durch sie gelingt, in Sachsen nach so schweren Krisen stabile Regierungsverhältnisse zu schaffen, so ist das auch für das Reich ein großer Gewinn. Ihn zu sichern ist die Aufgabe der maßgebenden Faktoren im Reich sowie der bürgerlichen Koalitionsparteien in Sachsen.

Um den kräftezehrenden Krisenzustand zu beenden, hat die Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion des sächsischen Landtags ein schweres Opfer gebracht. Sie wird morgen auf dem Landesparteitag keinen leichten Stand haben. Sie wird scharfer Kritik aus den eigenen Reihen ausgeliefert sein. Ob sich die Kritik im Lauf der Zeit mildern oder noch verschärfen wird, das wird von den Erfolgen abhängen, die ihrer Politik beschieden sein werden.

Als ersten dieser Erfolge wird man die Befreiung Sachsens vom militärischen Ausnahmezustand erwarten und verlangen dürfen. Da der Reichsausnahmestand keine territorialen Ausnahmen gestattet, so ergibt sich daraus die Notwendigkeit, ihn im ganzen Reich zu beseitigen. Jemandem ernstes Bedenken steht der Erfüllung dieser von uns längst vertretenen Forderung nicht im Wege. Man kann im Gegenteil sagen, daß mit der Schaffung einer sozialdemokratisch-bürgerlichen Koalitionsregierung in Sachsen auch der letzte Vorwand für die Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes entfallen ist.

Auf dem Gebiet der inner-sächsischen Politik werden die bürgerlichen Koalitionsparteien durch die Erfahrungen, die man im Reich gemacht hat, gewarnt sein. So wenig wie die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird die sozialdemokratische Fraktion des sächsischen Landtages sich zum Schleppenträger einer gegen die Arbeiter gerichteten Politik hergeben. Jeder Versuch, sie in eine so unwürdige Lage zu drängen, müßte auch hier den Zerfall der Koalition zur Folge haben, und die Verantwortung für den daraus folgenden Rückfall in krisenhafte Erschütterungen hätten dann die bürgerlichen Parteien zu tragen. Wenn jedoch umgekehrt die große

Koalition in Sachsen sich bewährt und in Preußen erhalten bleibt, dann ist Aussicht dafür gegeben, daß sich unvermeidliche Klassenkämpfe in Formen vollziehen, die den Wiederaufstieg des im Krieg zusammengebrochenen Staatswesens nicht hindern.

Damit ist auch schon gesagt, daß der notwendige Kampf der Parteien um die Seele des Volkes wegen der Koalitionspolitik keinen Stillstand zu erfahren braucht. Die Sozialdemokratie verachtet keinen Augenblick, daß es ihr Ziel ist, die Mehrheit des Volkes für sich zu gewinnen und, auf diese Mehrheit gestützt, im Reich und in den Ländern die Regierung allein zu übernehmen. Will sie dieses Ziel erreichen, dann darf sie sich nicht in Streitigkeiten über die Taktik der Übergangszeit selber zersplittern, sondern sie muß vielmehr die Zersplitterung der politischen Arbeiterbewegung, wie sie von den Kommunisten betrieben wird, als ein an der Arbeiterklasse begangenes Verbrechen bekämpfen.

Ohne diese Zersplitterung wäre die reine Arbeiterregierung im roten Sachsen eine glatte Selbstverständlichkeit. Durch diese Zersplitterung ist die Koalition in Sachsen notwendig geworden. Es ist eine widerwärtige Heuchelei, wenn diejenigen, die die sozialistische Machtstellung in Sachsen gebrochen haben, wenn die Kommunisten die Schuld an dem, was sie selber offensichtlich verschuldeten, der Sozialdemokratie in die Schuhe schieben wollen.

Die „Berliner Volkszeitung“ veröffentlicht einen Artikel eines anonymen „organisierten Sozialisten“, der sich in der bekannten Blauener Tonart gegen den Artikel des Genossen Dittmann in der Wochennummer unseres Blattes wendet. Angenommen, es würde sich wirklich um ein Mitglied der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei handeln, so würde wohl in der Partei Einigkeit darüber herrschen, daß ein solches Hineintragen innerparteilicher Streitigkeiten in die bürgerliche Presse einen schweren Disziplinbruch darstellt.

Der „Berliner Volkszeitung“ aber sei folgendes gesagt: Die „Volkszeitung“ erscheint in einem demokratischen Verlag unter Leitung eines demokratischen Chefredakteurs. Sie vermeidet es insoweit, als und daraus soll ihr kein Vorwurf gemacht werden —, die bürgerlichen Demokraten anzugreifen. Obwohl sie auf Arbeiterkundschaft spezialisiert, läßt sie in Arbeitskämpfen, wie jetzt bei der Aussperrung der Metallarbeiter, ängstliche Zurückhaltung. Ob das auf den Umstand zurückzuführen ist, daß der Name Siemens an der Spitze der demokratischen Reichstagsliste für Berlin steht, mag dahingestellt bleiben. Wenn die „Volkszeitung“ aber zugleich so tut, als ob ihr die Sozialdemokratie nicht radikal genug wäre und wenn sie sich gewissermaßen als Organ der Opposition aufspielt, so läßt sich ein gewisser Verdacht nicht unterdrücken. Richtig ist, daß sich der geschäftstüchtige Verlag von solchen Methoden des Erfolgs verprügelt, Dumme zu fangen, und daß zweitens der Redakteur Herr Better darauf spezialisiert, die von ihm erstrebte neue Partei durch Spaltungsarbeit an der Sozialdemokratie zustande zu bringen. Dafür, daß sich diese Arbeit nicht gegen die bürgerlichen Demokraten richtet, sorgen schon Chefredaktion und Verlag.

Wir haben diese Auseinandersetzung mit der „B. V.“ nicht gesucht. Aber wenn sie sich in dieser Weise in die inneren Angelegenheiten unserer Partei mischt, so müssen wir diesem demokratischen Blatt doch den deutlichen Rat geben, vor der Türe der bürgerlichen Demokratie und der demokratischen Presse zu stehen. Den Besen dazu können wir schon liefern, wenn es verlangt wird.

Kreuzspinnen-Taktik.

Verleumdungen gegen republikanische Minister.

Die „Kreuzzeitung“ kommt immer wieder auf die Ausführungen des preussischen Innenministers, Genossen Severing, im Landtage zurück, um ihm eine parteimäßige Verleumdung im Amt vorzuwerfen. Severing habe im Landtag „unmischverständlich“ erklärt, daß er fortfahren wolle, einflussreiche Stellen der preussischen inneren Verwaltung statt nach der sachlichen Eignung nach politischen Gesichtspunkten zu besetzen.

Das Blatt hält es selbstverständlich nicht etwa für angebracht, seine Leser über die vom „Bormars“ aufgedeckte Fälschung der

Ausführungen des Genossen Severing aufzuklären, sondern es glaubt einen Triumph auszuspielen zu können, indem es den amtlichen Sitzungsbericht der Landtags-Sitzung vom 14. Dezember 1923 heranzieht. Nach diesem Bericht führte Minister Severing in der betreffenden Landtags-Sitzung folgendes aus:

„Ich würde den Tag segnen, an dem man mit einigem Zug sagen kann, daß der Stand der Gleichberechtigung erreicht sei, und daß man nun beginnen könne nicht auch noch der parteipolitischen Einstellung der Beamten, sondern lediglich nach ihrer Verwaltungskompetenz die Beamter zu besetzen.“

Für jeden unbefangenen Leser ist es klar, daß gerade in diesen Worten das Bekenntnis zum Gedanken der Auswahl der Beamten auf Grund ihrer Eignung und der dringende Wunsch liegt, daß auch die Deutschnationalen, die immer noch die ganze preussische Verwaltung als ihre politische Domäne betrachten, sich endlich einmal an den Gedanken gewöhnen mögen, daß jeder sachlich qualifizierte Mann, sei er parteipolitisch orientiert wie er wolle, wenn er nur auf dem Boden der Verfassung steht, Anspruch auf paritätische Berücksichtigung im Staatsdienst haben soll.

Um den Charakter ihrer Täuschung möglichst zu verdeutlichen, zitiert die „Kreuzzeitung“ außerdem einen untergeordneten Bericht von Stenographen auf der Tribüne folgendermaßen:

„... so man nur nach der sachlichen Eignung und nicht mehr nach der parteipolitischen Einstellung zu fragen hat.“

Selbst wenn dieser Satz richtig wäre, so würden die Worte Severings, mit denen er auf den Zwischenruf „Das war ein wertvolles Eingeständnis“ erwiderte, den Tatbestand völlig aufheben; Severing sagte nämlich:

„Es ist aber nicht neu! Soweit die Befolgung dieses Grundsatzes heute schon möglich ist, geschieht das, und Sie werden mir bei objektiver Prüfung und Beurteilung nicht vorwerfen können, daß ich in irgendeiner Weise parteipolitisch mein Amt vertrete.“

Hinzugefügt sei noch, daß Severing in seiner Landtagsrede vom 13. Dezember ausdrücklich betont hatte, er wolle gerade in Ostpreußen Beamte aus all den Parteien heranziehen, die einmal zur Verteidigung der Provinz Ostpreußen aufgerufen werden könnten. Sollten das noch Ansätze der Deutschnationalen zur Sozialdemokratie sein? Und da Severing auch in der gleichen Rede mitteilte, daß gerade tags vorher ein neuer deutschnationaler Landrat in sein Amt eingeführt worden sei, so gibt alles das zusammen von der Hochheitsliebe und Intelligenz der „Kreuzzeitung“ ein Bild, das ungefähr zu dem paßt, wie es auch einst Bismarck von ihr hatte.

Föderalismus? — Restauration!

Ergänzungen zur bayerischen Denkschrift.

Der bayerische Staatsrat hat zu der Denkschrift über die föderalistische Umgestaltung der Reichsverfassung Ergänzungen gegeben, in denen nach einer Ablehnung des „Tag der Schrift der bayerischen Regierung u. a. mit dem besonders stark ausgeprägten Persönlichkeitscharakter des bayerischen Staates und Volkes begründet wird.

„Er (der Persönlichkeitscharakter),“ so heißt es da, „verlangt nach Anerkennung und hat Anerkennung in der besonderen staatsrechtlichen Lebensform gefunden, wie sie das bayerische Volk geschaffen und in der es unter hochherziger Förderung seines augenblicklichen Herrscherhauses unvergängliche Werte der Kultur hervorgebracht hat. In dieser staatslichen Lebensform sieht es den Schlüssel seiner Lebenssehnsucht als föderalistischer Organismus innerhalb der deutschen Nation.“

Damit wird deutlich ausgesprochen, daß sich die bayerische Regierung mit einer Revision der Weimarer Verfassung in föderalistischem Sinne keineswegs zufriedener zu geben gedenkt. Sie soll lediglich eine Etappe auf dem Wege zur Wiederverherstellung der monarchistischen Staatsform sein. Restauration, nicht Föderalismus heißt die bayerische Parole.

München, 5. Januar. (WZ.) Die Bayerische Volkspartei hat im Landtag einen Antrag eingebracht, nach dem die Zahl der Abgeordneten entgegen der Regierungsvorlage, die 114 Mandate vorsieht, nur auf 128 verringert werden soll.

Und in Jena...

Von Polshikar.

Und in Jena, lebt sich's bene, und in Jena lebt sich's gut, fragen die buntemühtigen Studenten, wenn sie nach Lichtenhagen gehen, um dort aus den Holzfüßeln das schmeigliche Bier zu trinken, oder wenn sie am Samstagmorgen in aller Herrgottsfrühe einer entlegenen Waldhütte zustreben, um sich dort geistesfüllig zu verprügeln.

Dieses Jena ist das inipische Reich des Couleurstudententums. Zwei Jahre im Saß verbracht, zwei Jahre beim Repektor, dann ist man so weit. Dann kann man im Examen sein Sprüchlein herbelen wie ein gut gekaufter Konfirmand seinen Giongsbuchvers, und dann ist man Referendar. Das ganze nennt man Studieren, und als studierter Mann hätte man in Deutschland kein Fortkommen. Das heißt, man ganz unbeteiligt daran war der bunte Bierzettel. Dieses winzige Ding entwickelte später im Leben eine geradezu magische Kraft, besonders für höhere Beamtenstellen. Es entwickelte bei kleinen Trägern Fähigkeiten, von denen kein Repektor jemals etwas geahnt hatte.

Da, es lebte sich sehr bene in dem alten Jena.

Auch die Professoren fühlten sich moppelwohl in dem alten Jena. Allzu diese „Akademischen Festtage“! Da zog man seine Robe an und hatte das heilige Gefühl: Man uns mangt ist keiner mangt, der nicht mang uns mangt gehört. Als Privatdozent sah man sich, wenn man sich nicht schon einen Professor als Beier erwählt hatte, nach einer nicht allzu niedrigen Professorentochter um und hatte damit seine Qualifikation vollumfänglich bewiesen. Man schrieb in Zeitschriften einige längliche Abhandlungen, wenn man's nicht lat, ging's auch ohne, wurde außerordentlich, wurde ordentlich. Dann schrieb man über kleinen Speech ein Buch, damit der Student auch was in den Händen hätte, und hielt jahraus jahrein über dasselbe Thema denselben Vortrag. Und da immer noch einige Reviden des Studierens halber in die Kollegs lesen und vor allem Kollapssteller beahalten, so lebte es sich friedlich, schließlich im Professorenstaat. Einige Anregungen lieferten kann nach die Reibereien mit Kollegen über die Richtigkeit eines griechischen Akzents, ob Karl der Große lieber Wein oder Wein getrunken hätte, und was dergleichen Wichtigkeiten mehr sind.

In Jena, dem alten, lieben Rest, dem urviden Bummelstädchen, hat sich Erdrückendes ereignet. In diesen beschauflichen Karpienteich hat die thüringische Regierung einige Fische geworfen. Sie hat sich erlaubt, der philosophischen Fakultät eine erziehungswissenschaftliche Abteilung anzuschließen und sie, o Graus, mit Herren zu besetzen, die nicht von der Fakultät erwählt waren. Nun ist die akademische Freiheit und Unabhängigkeit gefährdet, gut bewährte, bestbewährte Einrichtungen laßt man zu ändern, kurz: der Feind steht vor den Toren!

Wir hoffen, daß die Herren in Jena allerlei verschlafen haben. Sie scheinen nicht bemerkt zu haben, daß die heutige Jugend, d. h. die, die von der Volk für den berühmten Schopenhauer auf der Universität später Gegenleistungen sehen will, nicht nur mehr Examen machen, sondern auch studieren will. Diese Jugend haßt den Paukertrieb, der erweiterte Konjunkturunterricht hängt ihr um

halse heraus. Sie möchte endlich Erkenntnisse wachsen sehen, sie möchte dieser Wachsen miterleben. Sie hat es fast, daß ihr ein Professor eine Stunde lang Sachen vorträgt, die sie besser in einem Biereil der Zeit in einem Lehrbuch nachlesen kann. Sie glaubt nicht, daß ein wissenschaftlich gerichteter Mann je anders lernen und sich entwickeln kann als im geistigen Verkehr, im Für und Wider, bei dem der Lehrer nur Anregungen geben soll. Sie glaubt endlich, daß wie jeder andere so auch der wissenschaftliche Fortschritt aus dem Widerstreit gegen die Autorität herauswachsen muß und daß deshalb das alte Jena an Haupt und Gliedern reformiert werden muß.

„Bewährte“ Einrichtungen? Der kundige Thebaner weiß, daß hier einmal wieder die Sprache dazu herhalten muß, die Gedanken zu verbergen, daß man den Inhalt meint, wenn man von der Form spricht. Zudem wäre es ein dankbares Doktorthema, einmal zu untersuchen, wie oft in den letzten Jahren die deutschen akademischen Behörden selbst sich über Brauch und Gehör hinweggesetzt haben, wenn es nur gegen die verhassten Reverter ging. Die Fälle Nikolai, Einstein, Brons sind noch nicht vergessen. Die Republik unterhält die Hochschulen: die Professoren den Hochschulreife deutscher Art.

Seit fünf Jahren hat man nun von Hochschulreform geredet, aber außer einigen Bittimpfeien nichts gesehen. Thüringens Sorgen ist eine Hoffnung, und es hat fast den Anschein, als sollte es eine enttäuschte werden. Es sollte aber, und abermals die Trägheit sich größer als die Kraft erweisen.

Es lebte sich eben zu bene in dem alten Jena.

Aufruf an dramatische Dilettanten.

Euch, die ihr im Schulfach von der Schulzeit her ein selbstverfähtes Theaterstück nutzlos liegen habt, und euch, denen das Schicksal bisher verlagert hat, die Breiter zu betreten, die die Welt bedeuten, euch bringe ich einen frohen Hoffnungsschimmer. Wendet euch voll Vertrauen an den Stieglitz Schloßpark-Theater! Ob das Stück was wert ist, ob ihr Talent habt, spielt keine Rolle, der Direktor Berthold hat Verständnis für das Unzulängliche. Seht, da schreibt ein Herr Friedrich Walther den „Halbgebot“, einen saden-scheimigen Fliegenden-Blätter-Schmerz, dem er mit Unermögendem dramatisches Leben einzubringen sucht, und nennt ihn stolz „Lustspiel“. Der Stieglitz-Direktor glaubt ihm, daß es ein Lustspiel ist, und führt es auf. Mit Erfolgen versagen wir die Ereignisse auf der Bühne, falls wir Kraft genug in uns haben, die müden Augen offen zu halten. Der Halbgebot ist ein herzoglicher Kammerdiener, der zur Hochzeit des Herzogs eine Rolle spielen soll und ins Schuldgefanis geht in der Hoffnung, der Herzog werde ihm daraufhin seine Schulden bezahlen. Er will aber mit seiner Idee hinein und wäre brinache sechs Monate im Gefängnis geblieben, wenn seine Frau nicht schnell die Schulden bezahlt hätte. Dieses ohne Humor, ohne Charakterzeichnung und ohne Logik zusammengeflackte Geschwür wird den armen Zuschauer in einer Manier geboten, die es mit jeder Dilettantenbühne aufnehmen kann. Der Direktor des Theaters und auch der Regisseur können merken nicht, ob sie künstlerische Leistungen bringen oder nicht. Deshalb liebe Leser, laßt Mut und unterbreitet euer Talent dem Stieglitz-Theater!

Eine Umfrage über die Schulbildung, sowie über die gegenwärtige Lage, die Erfolge und Möglichkeiten der Schulbildung hat das Reichsministerium des Innern bei den Unterrichtsverwaltungen der Länder und den größeren Volkshilfsvereinigungen durchgeführt. Eine zusammenfassende Darstellung des reichlich eingegangenen Materials wurde unter Hervorhebung der als wirksam erprobten positiven Maßnahmen an die Unterrichtsverwaltungen der Länder und die größeren Volkshilfsvereinigungen zurückgeschickt, um zu bewirken, daß Mittel und Wege, die an der einen Stelle mit Erfolg versucht worden sind, auch an der anderen in den Dienst der Sache gestellt werden. Das „Archiv für Volksbildung“ bietet alle interessierten Stellen und Personen um Zustellung von Arbeitsberichten. Es erzieht oder vermittelt auch auf alle Anfragen persönlich oder schriftlich sachgemäße Auskunft.

Nur noch eine Frau für jeden Türken. Die Herrlichkeiten des türkischen Harems, die bereits durch die Rot der Zeit artz zusammen geschmolzen waren, sind nun dem Ende nahe. Wie aus Angora berichtet wird, hat das türkische Parlament bei der Beratung des neuen Familienrechts beschlossen, daß die Vielweiberei vollständig verboten werden soll. Bisher war dem Türken immer noch gestattet, bis zu 4 Frauen zur Ehe zu nehmen. Jetzt soll sich jeder mit einer einzigen Frau begnügen. Nur soll demjenigen, der die dringende Notwendigkeit nachweisen kann, noch in Ausnahmefällen erlaubt werden, eine zweite Frau zu heiraten. Wenn dies der Fall ist, hat aber dann die erste Frau das Recht, sich von ihrem Mann scheiden zu lassen.

Erkaufungen der Rede. Erst: Pöbelstöne: „Don Carlos“. — Lustspielhaus: „Die Truppe“. — Kaffeehäuser: „Sornabend“. — Deutsches Oberhaus: „Kauferländer“. — Komödienhaus: „Die Reine vom Saville“.

Arbeitsverhältnisse. Theater: Sonntag, 6 Uhr: „Aus der Werkstatt eines Kulturfilms“. — Montag, 6 Uhr: „Hans Goette“. — Das Königreich des Tausendjährigen Reichs. — Dienstag, 6 Uhr: „Eine Reise durch das Reich“. — Mittwoch, 6 Uhr: „Eine Reise durch das Reich“. — Donnerstag, 6 Uhr: „Eine Reise durch das Reich“. — Freitag, 6 Uhr: „Eine Reise durch das Reich“. — Samstag, 6 Uhr: „Eine Reise durch das Reich“.

Jungdeutsche soziale Bildung. Die unter diesem Titel angeordnete zweite Ausgabe der „Jungdeutschen“ ist nun erschienen. Sie enthält die in der ersten Ausgabe enthaltenen Aufsätze, die in der Zwischenzeit erschienen sind, sowie neue Aufsätze, die in der Zwischenzeit erschienen sind. Die zweite Ausgabe ist nun erschienen. Sie enthält die in der ersten Ausgabe enthaltenen Aufsätze, die in der Zwischenzeit erschienen sind, sowie neue Aufsätze, die in der Zwischenzeit erschienen sind.

Eine hochwichtige Kistenfabrik. In New York ist ein neues Werk für die Herstellung von Kisten in Betrieb. Die Fabrik wird jährlich mindestens 25 Millionen neue Kisten ausgeben. Die Kisten sollen ausnahmslos das gleiche Format haben und an das Publikum zu dem niedrigen Preis von 10 Cent verkauft werden.

